POLICY BRIEF 03_2025

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

ANDREAS BOHNE/JANINE WALTER

Kapitalgetriebene Entwicklungspolitik

Entwicklungspolitik steht derzeit heftig unter Beschuss. Dennoch wird das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) nicht aufgelöst. Laut Koalitionsvertrag sollen zentrale Vorhaben der Vorgängerregierung fortgeführt werden. Dazu zählen Mittelkürzungen, die Nutzung entwicklungspolitischer Gelder als Hebel für Privatkapital sowie eine zunehmende geoökonomische und geopolitische Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik. Die wenigen progressiven Programme werden dagegen eingestellt. Eine linke Kritik an der Ausrichtung des BMZ und der Entwicklungspolitik muss pragmatisch an den geplanten Maßnahmen ansetzen, konkrete Forderungen formulieren – und zugleich über die bestehende Entwicklungspolitik hinausdenken. Es gilt, Konzepte für einen kritischen Internationalismus zu entwickeln und dabei solidarische Zusammenarbeit in den Mittelpunkt zu stellen.

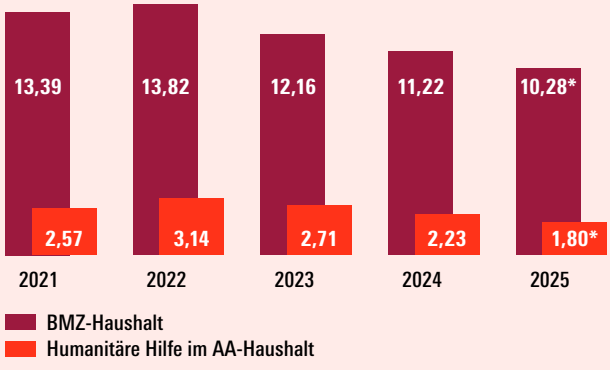
Entwicklungspolitik im Wandel

Entwicklungspolitik steht global in der Kritik. Die Debatte um ihren Nutzen und ihre Wirksamkeit ist nicht neu. In Großbritannien hat Boris Johnson bereits 2020 das bis dahin eigenständige Ministerium für internationale Entwicklung in das Außenministerium integriert und sowohl die Niederlande als auch Frankreich reduzierten jüngst ihre Budgets für die Entwicklungszusammenarbeit. Im Jahr 2024 gingen weltweit die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit – die sogenannte Official Development Assistance (ODA, Öffentliche Entwicklungsleistungen) – erstmals seit fünf Jahren zurück, und zwar um über 7 Prozent (Chase-Lubitz 2025). Mit der Auflösung von USAID, der US-amerikanischen Behörde für Entwicklungszusammenarbeit, hat diese Entwicklung einen neuen Tiefpunkt erreicht.

Auch in Deutschland wurde während der Koalitionsverhandlungen einmal mehr über die Abschaffung des BMZ bzw. dessen Eingliederung in das Auswärtige Amt (AA) diskutiert. Solche Überlegungen beruhen auf einem strategischen Verständnis von Entwicklungspolitik als Instrument zur Durchsetzung deutscher Interessen in der Welt – eine Auffassung, die zunehmend auch von Wissenschaftler*innen vertreten wird (z. B. Lay 2025). Beabsichtigt ist damit eine «effizientere Verwendung» der geringer gewordenen Mittel für Entwicklungspolitik, die bereits unter der Ampelregierung drastisch beschnitten worden sind. In ihren drei Regierungsjahren hat sie die Gelder für das BMZ um 23 Prozent gekürzt, die im AA angesiedelten Mittel für humanitäre Hilfe sogar um nahezu 30 Prozent.

Aus linker Perspektive ergibt sich ein Dilemma: Einerseits gilt es, die Kürzungen des BMZ-Etats und die gegenwärtige Ausrichtung zu kritisieren – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der massiven Aufrüstungskampagne; andererseits existiert schon lange ein berechtigter Vorbehalt gegenüber der Entwicklungspolitik: Paternalistische Strukturen, unzureichende Wirksamkeit und die Ausrichtung an kapitalistischer Verwertungslogik sind wichtige Kritikpunkte, die nicht rechten Akteur*innen oder neoliberalen Protagonist*innen überlassen werden dürfen, die sie für Rassismus und «deutsche Interessen» nutzen.

Haushaltsmittel für Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe 2021–2025 (in Mrd. Euro)



* Schätzungen

Quelle: VENRO 2024

Zwischen Fortschrittsmythos und Machtpolitik

Linke Kritik verweist darauf, dass es bei der Entwicklungspolitik **koloniale Kontinuitäten** gibt. Bereits während der Kolonialzeit wurde beispielsweise der Bau von Eisenbahnen, Häfen und Straßen in Diskurse eingebettet, die ökonomischen «Fortschritt» und «Entwicklung» propagierten. Das blieb auch im 20. Jahrhundert so. Im Rahmen der westdeutschen Hallstein-Doktrin wurde deutsche Entwicklungspolitik ab den 1960er-Jahren zu einem außen- und geopolitischen Instrument, die einerseits einem karitativen Wohlfahrtsgedanken folgte, andererseits liberale Wirtschaftsinteressen fördern sollte.

Im Zentrum einer solchen Auffassung von Entwicklungspolitik steht die Annahme, dass Armut in «weniger entwickelten» Ländern nur durch finanzielle Interventionen reicher – «höher entwickelter» – Länder in Zusammenarbeit mit Entwicklungsorganisationen reduziert werden kann. Aus linker Perspektive ist bereits der **Entwicklungsbegriff kritisch zu hinterfragen**, weil dieser ein Verständnis von Fortschritt unterstellt: von traditionell zu modern, von arm zu reich, von agrarisch zu industriell. Dieses Denken ignoriert vielfältige Produktions- und Gesellschaftsformen, wertet alternative Modelle ab und reproduziert koloniale Denkmuster sowie paternalistische Haltungen. «Unterentwicklung» erscheint darin als defizitärer Zustand, der durch «Erziehung» und die Bereitstellung von Kapital zu überwinden sei (Ziai 2006).

In den letzten zehn Jahren kam es in diesem Zusammenhang zu einer **zunehmenden Verschränkung** der Entwicklungspolitik mit der Energie-, Klima-, Migrations- und Handelspolitik. Dadurch sollten sogenannte Entwicklungsländer in den globalen Wettbewerb eingebunden werden, was vor allem zulasten der sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Nachhaltigkeit ging und transnationale Unternehmen begünstigte. Ein solches Verständnis bewegt sich in der Tradition der von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank auferlegten Strukturanpassungsprogramme der 1980er-Jahre. Damals standen Privatisierungen, Sparmaßnahmen und Marktliberalisierungen im Fokus, die zu wachsender Armut und Abhängigkeit von transnationalen Konzernen in den betroffenen Ländern geführt haben.

Im Namen des **internationalen Klimaschutzes** sind zahlreiche Initiativen entstanden, die zwar im vermeintlichen Kontext von Entwicklungspolitik agieren, aber häufig bestehende Machtasymmetrien reproduzieren und **strukturelle Widersprüche zwischen Klimapolitik und globaler Gerechtigkeit** verschärfen. In Namibia etwa zeigt sich die Ambivalenz besonders deutlich: Unter dem Label «grüner Wasserstoff» wird in Partnerschaft mit Ländern des globalen Nordens, insbesondere mit Deutschland, im Tsau-//Khaeb-Nationalpark eines der größten Wasserstoffprojekte Afrikas vorangetrieben. Der produzierte Wasserstoff ist ausschließlich für den Export bestimmt. Dabei entstehen Infrastrukturen, die große Mengen Wasser und Energie verbrauchen. Die lokalen Gemeinden sind die Leidtragenden. Dort herrscht Wasserknappheit, sie werden politisch marginalisiert, bleiben von Entscheidungen ausgeschlossen und müssen die sozialen und ökologischen Folgen tragen. Was als Entwicklungszusammenarbeit und klimapolitischer Fortschritt angepriesen wird, verfestigt **(neo-)koloniale Ressourcenzugriffe** und verschiebt ökologische Lasten abermals in den globalen Süden.

In den letzten Jahren wurde Entwicklungspolitik zunehmend auch mit **migrationspolitischen** Zielen verknüpft. Unter dem Schlagwort «Fluchtursachenbekämpfung» etwa fließen Entwicklungsgelder im Rahmen des «G5-Sahel»-Programms in Maßnahmen, die Fluchtwege blockieren sollen. **Zugunsten migrationspolitischer Interessen des globalen Nordens wurden die Bekämpfung von Armut und die Überwindung der Folgen kolonialer Ausbeutung in den Hintergrund gedrängt.** Damit geriet auch aus dem Blick, dass die Konsequenzen des wirtschaftlichen Handelns transnationaler Konzerne, wie Umweltzerstörung oder ungerechte Handelsbeziehungen, als strukturelle Ursachen von Migration adressiert werden müssen.

Im Bereich der **globalen Gesundheit** setzt Entwicklungspolitik ebenfalls auf technische und karitative Lösungsansätze. Missstände, die sich aus Ungleichheiten speisen, bleiben so ausgeblendet. Ein Beispiel ist die **Freigabe der Impfstoffpatente** in betroffenen Ländern, die es ihnen ermöglichen würde, ihre eigene Produktion zu etablieren und somit ihre **Abhängigkeit von externen Lieferungen zu verringern**. Da dieser Ansatz aber den Interessen großer Pharmakonzerne widerspricht, wird die Freigabe von einigen westlichen Staaten blockiert.

Akteure und die zentrale Rolle der Finanzen

Entwicklungspolitische Akteure agieren auf verschiedenen Ebenen (siehe Grafik auf Seite 3), die sich teilweise überschneiden. Dabei zeigen sich zentrale Trends: eine zunehmende **Finanzierung** durch (Entwicklungs-)Banken, die gleichzeitige **Unterfinanzierung** vieler Akteure sowie eine fortschreitende **Finanzialisierung** des Politikfeldes.

Wichtige Finanzmittel für die Entwicklungspolitik kommen über Kredite von Entwicklungsbanken wie der Weltbank, aber zunehmend auch vom IWF. Beide konterkarieren immer wieder ihr vorgegebenes Ziel der Armutsbekämpfung. Beispiel Sambia: IWF-Auflagen ändern nichts am exportorientierten Wirtschaftsmodell des Landes, schränken aber seine wirtschafts- und sozialpolitischen Handlungsspielräume ein. Gleichzeitig sind andere Akteure finanziell unter Druck geraten – etwa die Welthandelsorganisation (WHO), bei der für die Jahre 2026/27 ein Finanzierungsdefizit von über 40 Prozent droht. Und die Europäische Union präsentiert sich zwar als größter Geber von Entwicklungshilfe, doch stammen die Mittel überwiegend aus einzelnen Mitgliedstaaten, deren Budgets ebenfalls sinken, besonders zulasten der «am wenigsten entwickelten Länder».

Wenn öffentliche Gelder weniger werden, wird der **Ruf nach privater Beteiligung** lauter – und damit auch die Gefahr wachsender privater Einflussnahme. Prominentestes Beispiel ist die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung, die unter anderem im Bereich Landwirtschaft und Ernährungssicherung aktiv ist. Die 2006 von ihr ins Leben gerufene Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (AGRA) war wenig

Exemplarische Akteure in der Entwicklungspolitik

Multilaterale Organisationen	Regionale Entwicklungsbanken
– UN-Organisationen wie Weltgesundheitsorganisation (WHO) – Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) – Weltbank	– European Investment Bank – New Development Bank (BRICS) – African Development Bank (AfDB)
Europäische Institutionen	**Private Stiftungen**
– Europäische Union durch Programme wie das «Global Europe: Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument»	– Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung – Rockefeller Foundation
Akteure der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit	**Akteure der nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit**
– BMZ – Kreditanstalt für Wideraufbau (KfW) – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) – Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	– Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) – Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl) – kirchliche Träger – private Träger

erfolgreich; im Gegenteil: Die Zahl der hungernden Menschen in den 13 Schwerpunktländern, in denen sie tätig ist, hat sogar zugenommen.

Zur Kompensation von Budgetkürzungen setzen viele Politiker*innen auf die **Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit**. Darunter versteht man die Annahme, dass «Entwicklungsziele» nur mithilfe von privatem (Finanz-)Kapital und marktbasierten Finanzierungsmechanismen zu erreichen seien. Kritiker*innen warnen vor zunehmender Staatsverschuldung und fehlenden Mitteln für öffentliche Infrastruktur. Fallstudien wie die zu Sambia zeigen, dass lokale Unternehmen gegenüber transnationalen Akteuren marginalisiert, die Abhängigkeit von ausländischen Investoren erhöht und selbstständige Transformationen eingeschränkt werden (Elsner u. a. 2021). Abgesichert wurden solche (transnationalen) Investitionen durch «De-risking-Strategien» wie staatliche Exportkreditgarantien (z. B. Hermes-Bürgschaften).

Für eine engere Verzahnung von Entwicklungspolitik und deutschen Wirtschaftsinteressen plädieren vor allem Akteure außerhalb des entwicklungspolitischen Feldes. So forderte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in einem aktuellen Papier verstärkte private Investitionen – etwa in den Bereichen Infrastruktur, Rohstoffförderung und Energiesysteme (BDI 2024). In der Entwicklungspolitik ist häufig von **Partnerschaft** und **«Augenhöhe»** die Rede. Tatsächlich dominiert jedoch weiterhin eine Gebermentalität. Der Begriff Partnerschaft verkommt endgültig zum rhetorischen Feigenblatt, wenn in Strategiepapieren primär «deutsche Interessen» hervorgehoben werden (so etwa bei der Auswahl «strategischer Partnerländer»), während die Perspektiven und Bedarfe von Ländern im globalen Süden kaum vorkommen.

Handlungsempfehlungen für eine neue Entwicklungspolitik

Federführend bei der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist das BMZ. Unter der letzten Bundesministerin Svenja Schulze (SPD) wurden programmatische Veränderungen angestoßen – etwa Ansätze und Paradigmenwechsel der «feministischen Entwicklungspolitik» oder der «globalen Strukturpolitik» – die **aus linker und feministischer Sicht als halbherzig** bezeichnet werden müssen. Die Auseinandersetzung mit kolonialen Strukturen startete zu spät. Und andere Ansätze wie eine globale Milliardärssteuer wurden nicht umgesetzt oder blieben, wie das «Bündnis für globale Ernährungssicherheit», Stückwerk.

Zwar begrüßen viele Akteur*innen, dass das BMZ erhalten bleibt, aber primär wird es darauf ankommen, ob sich seine **politische Ausrichtung ändert**. Dazu bedarf es einer übergreifenden Diskussion, wie eine solidarische, dekoloniale, intersektionale und internationalistische Politik aussehen könnte. Transformatorische Paradigmen wie Klima- und Ressourcengerechtigkeit, Ernährungssouveränität und gerechte Weltwirtschaft sollten dabei handlungsleitend sein.

Solange die Rahmenbedingungen für soziale Gerechtigkeit und Emanzipation nicht gegeben sind, sondern sie der Kapitalverwertungslogik unterworfen sind, kann es ein global gerechtes System nicht geben. Änderungen müssen vor allem in den sogenannten Industrieländern ansetzen (Stichwort: imperiale Lebensweise), aber auch bei transnationalen Kooperationen. Bis dahin muss sich linke Kritik auf die kapitalgetriebene und geoökonomische Ausrichtung der Entwicklungspolitik sowie die angekündigten Kürzungen im Koalitionsvertrag (siehe Kasten auf Seite 4) richten. Dabei bleiben die nachstehend präsentierten Forderungen zur

Entwicklungspolitik im Koalitionsvertrag: Priorisierung, Widersprüche, Unklarheiten

- → Effektivität und Kohärenz der öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA) steigern, gleichzeitig jedoch die dafür benötigten Mittel kürzen;
- → strategische Schwerpunkte: Zugang zu Rohstoffen, Fluchtursachenbekämpfung und Zusammenarbeit im Energiesektor;
- → Bekenntnisse zum Kampf gegen Armut, Hunger und Ungleichheit sowie für reproduktive Rechte und Recht auf Bildung;
- → von staatlich finanzierten Projekten sollen überwiegend Unternehmen aus Deutschland und der EU profitieren;
- → Etablierung einer gemeinsamen Anlaufstelle der Außenwirtschaftsförderung und der Entwicklungszusammenarbeit für die deutsche Wirtschaft;
- → Entwicklungszusammenarbeit als Instrument der Migrationssteuerung (u. a. durch Migrationsabkommen): Zahlung von Entwicklungshilfe wird an die Zusammenarbeit der Herkunftsländer gekoppelt;
- → Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure im globalen Süden und von Strukturen in Deutschland;
- → Bereitstellung eines fairen Anteils an der internationalen Klimafinanzierung;
- → mehr Investitionen für eine nachhaltige Entwicklungsfinanzierung mobilisieren.

Diese Punkte, die aus dem Kapitel «Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung» des Koalitionsvertrags stammen, verdecken für sich genommen, dass die gesamte Ausrichtung der Entwicklungspolitik auf ein «integrierte[s] Zusammenwirken von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik» abzielt.

Finanzierung und zum Ausbau der Entwicklungspolitik selektiv und vorläufig. Eine umfassende Kritik von links und die angesprochene Weiterentwicklung kann nur **in Kooperation mit Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen aus dem globalen Süden** sowie mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in Deutschland erfolgen.

Gegen die Vorstellungen der neuen Bundesregierung sind folgende Forderungen zur Finanzierung der Entwicklungspolitik zu stellen:

- Die ODA-Quote im Bundeshaushalt muss verbindlich 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens betragen und ab 2026 schrittweise steigen. Leistungen wie die Unterbringung von Geflüchteten oder Studienplatzkosten für Studierende aus dem globalen Süden dürfen nicht mehr angerechnet werden. Die angekündigte Absenkung der ODA-Quote ist abzulehnen.

- Lokale und globale zivilgesellschaftliche Akteure müssen finanziell abgesichert werden. Geboten ist eine deutliche Erhöhung der Mittel für die entwicklungspolitische Inlandsarbeit auf 70 Millionen Euro. Transnationale Kooperationen zwischen Zivilgesellschaften, etwa zur Durchsetzung eines ambitionierten Lieferkettengesetzes, sind zu unterstützen; ebenso muss das BMZ angesichts von «Shrinking Spaces» und Gewalt gegen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, gegen Journalist*innen und Aktivist*innen die Kosten für Rechtsbeistände für bedrohte Personen übernehmen.

- Es ist ein «Sondervermögen für internationale Klimapolitik und Transformation» zu schaffen, das auch Zahlungen von Klimareparationen umfasst (Mfochivé u. a. 2025).

- Die UN-Organisationen müssen eine finanziell ausreichende Ausstattung erhalten und die Mitgliedsbeiträge für sie müssen erhöht werden, um den Einfluss privater Geber zurückzudrängen.

Programmatische Weiterentwicklung der deutschen Entwicklungspolitik

- **Eine feministische Entwicklungspolitik** ist zu entwickeln, die nicht nur geschlechtsspezifische Ungerechtigkeiten hinsichtlich Lieferketten oder Repräsentanz betrachtet, sondern auch Fragen von Care, sozialer Absicherung, gleicher Bezahlung und gleicher Chancen berücksichtigt.

- **Die Dekolonisierung muss als Querschnittsthema** im BMZ verankert werden, um sowohl die Wirtschaftspolitik zu dekolonisieren (Faye/Ziai 2024) als auch die Entwicklungspolitik insgesamt machtkritisch auszugestalten. Dabei darf es keine Aufrechnung von Entwicklungspolitik gegen koloniale Verbrechen geben, wie bei der Anerkennung des Völkermords an den OvaHerero und Nama in Namibia geschehen.

- Die **Koppelung von Entwicklungspolitik und Außenwirtschaftsförderung muss aufgebrochen werden**. Unternehmen, die von Außenwirtschaftsförderung profitieren, müssen ihren menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflichten verbindlich nachkommen. BMZ-Gelder müssen für die Aufklärung von Sorgfaltspflichten der Unternehmen sowie für Rechtsbeistände bei Klagen gegen Unternehmen genutzt werden. Verbindliche Vertragsklauseln sollten wirksame Sanktionen bei Verstößen vorsehen, einschließlich der sofortigen Rückforderung gezahlter Gelder. Lokale Gemeinschaften gilt es regelmäßig zu konsultieren, insbesondere indigene Völker gemäß dem «Übereinkommen über indigene Völker» (ILO-Konvention 169).

- **Schuldenerlasse** für Länder aus dem globalen Süden sind nötig, um souveräne Investitionen in staatliche Sozialleistungen, Armutsbekämpfung und Infrastruktur zu ermöglichen. Ferner müssen zinsfreie Kredite für Investitionen in die soziale Infrastruktur bereitgestellt werden.

- Im Bereich globale Agrarwirtschaft muss das BMZ aus allen Initiativen aussteigen, die das Agrarmodell der Grünen Revolution zum Vorteil von Unternehmen fördern. Stattdessen sollte das BMZ **das Recht auf Nahrung und die Agrarökologie zur Richtschnur** seiner Entwicklungspolitik machen und alle Projekte mit klaren

Maßnahmen und messbaren Zielen unterlegen. Die Bundesregierung sollte den Aufbau öffentlicher Nahrungsmittelspeicher in Ländern des globalen Südens unterstützen (Weber et al. 2024).

- Das BMZ muss sich für eine **global und sozial gerechte und nachhaltige Rohstoffpolitik und -wende** einsetzen. Statt die Verzahnung der Rohstoffversorgung der deutschen Industrie mit der Entwicklungszusammenarbeit zu fördern, sollten Projekte wie die Kreislaufwirtschaft oder der Technologietransfer zur Reduzierung des Primärrohstoff-Verbrauchs in den Fokus der bi- und multilateralen Kooperation gestellt werden. Energieabkommen sind nur dann abzuschließen, sofern eine klimaneutrale Energieversorgung aufgebaut wird und das unterstützte Land selbst von diesen Abkommen profitiert.

- **Keine Konditionierung von Entwicklungs- und Migrationspolitik.** Entwicklungspolitik soll ihren Beitrag leisten, um das Recht auf Bewegung und das Recht auf Bleiben ohne Vorbedingungen sicherzustellen.

- Ansätze zu einer globalen Mindest- oder Milliardärssteuer, wie sie beispielsweise der brasilianische Präsident Lula fordert, sind zu unterstützen und auszuweiten. Als potenzielle **Finanzierungsquellen** bieten sich Besteuerungsmechanismen wie eine *shipping tax* und eine *aviation tax* an.

Literatur

BDI – Bundesverband der Deutschen Industrie (2024): Zeit für eine entwicklungspolitische Zeitenwende. Strategisch – nachhaltig – innovativ, Berlin.

Chase-Lubitz, Jesse (2025): In 2024, global aid fell for the first time in five years, Devex, 16.4.2025, www.devex.com/news/in-2024-global-aid-fell-for-the-first-time-in-five-years-109874.

Elsner, Carsten/Müller, Franziska/Neumann, Manuel/Claar, Simone (2021): Finanzialisierung und «Derisking» in Sambias Energiewende: Chance oder Zwang?, in: Peripherie 41 (162), S. 275–297.

Faye, Fiona/Ziai, Aram (2024): Wirtschaftspolitik neu denken: Schritte zur Dekolonisierung, hrsg. von Decolonize Berlin, Berlin.

Lay, Jann (2025): Kein Rückbau, kein «Weiter so»: Eine neue starke Entwicklungspolitik, GIGA Focus Afrika 2/2025.

Mfochivé, Oumarou F./Rübe, Caro/Kuhnhenn, Kai (2025): Was Deutschland Kamerun schuldet. Über die Notwendigkeit von Klimareparationen, hrsg. vom Konzeptwerk Neue Ökonomie, Leipzig.

VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (2024): Haushalt 2024: Neue Kürzungen, Analyse, 23.1.2024, Berlin.

Weber, Isabella/Schulken, Merle/Bassermann, Lena/Luig, Lena/Urhahn, Jan (2024): Krisenpuffer gegen die Inflation, Policy Paper, 24.4.2025, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Krisenpuffer-GegenInflation_DEU_web_20240611.pdf.

Ziai, Aram (2006): Zwischen Global Governance und Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskusanalytischer Perspektive, Münster.

Andreas Bohne arbeitet als Journalist und Autor. Seine Interessengebiete sind deutsche Kolonialgeschichte, rechte Akteur*innen und Politik des Südlichen Afrika.

Janine Walter leitet das Afrika- und das Westasien-Referat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuvor war sie Büroleiterin der Stiftung im südafrikanischen Johannesburg.

IMPRESSUM POLICY BRIEF 03_2025 wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg · Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de · ISSN (Print) 2944-4144, ISSN (Online) 2944-4152
Redaktionsschluss: Mai 2025 · Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin · Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.